

## Pressemitteilung/Presseveröffentlichung

Unsere Fragen an die Landtagskandidaten des Wahlkreises Waldshut vom 9. Februar 2011:

Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, plant die Schluchseewerk AG hier bei uns im Südschwarzwald ein neues Pumpspeicherwerk. Dafür sollen für das Oberbecken der Bergrücken „Abhau“ und für das Unterbecken das „Haselbachtal“, beides hochwertige Natur- und Naherholungsgebiete geopfert werden.

Aus der Presse und dem Internet ([www.unruheforscher.de](http://www.unruheforscher.de) und [www.hornbergbecken-2.de](http://www.hornbergbecken-2.de)) haben Sie vermutlich schon über die Ziele unserer Bürgerinitiative bzw. unseren Verein zum Erhalt des Abhaus und des Haselbachtals e. V. gelesen. Es geht uns primär darum, die Bevölkerung auch über die möglichen negativen Konsequenzen des Speicherbeckenbaus zu informieren. Denn diesbezüglich wird weder von den Schluchseewerken, noch von den politisch verantwortlichen Entscheidungsträgern und Bürgermeistern der betreffenden Gemeinden die Öffentlichkeit gesucht.

Da wir von Seiten der Bevölkerung ein immer stärker werdendes - und durchaus kritisches - Interesse an diesem Projekt erfahren, liegt uns viel daran, einen kritischen, aber offenen Dialog mit den Schluchseewerken und den politischen Entscheidungsträgern zu führen. Immerhin haben über 5000 Personen in weniger als einem halben Jahr unsere Unterschriftenlisten zur Ablehnung des Projekts gefüllt. Nicht nur wir - auch Sie - tragen Verantwortung für die Allgemeinheit!

Vor den anstehenden Landtagswahlen wüssten wir gerne von den für uns zuständigen Landtagskandidaten, wie sie sich zu diesem Projekt in unserer Heimat stellen und hätten die nachfolgenden Fragen gerne von Ihnen bis zum 20. Februar 2011 beantwortet. Diese Ihre Stellungnahme würden wir auch gerne, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, auf unserer Homepage veröffentlichen. Im Rahmen einer Pressekonferenz werden wir Ihre Antworten darstellen, damit jeder Wähler sich ein Bild davon machen kann, wie die Position des jeweiligen Landtagskandidaten zu dem Projekt ist.

### **Anmerkungen hierzu von Felix Schreiner, CDU:**

*Vorweg: Ich widerspreche Ihrer, im Vortext geäußerten Behauptung, weder die Schluchseewerk AG noch politische Entscheidungsträger oder die Gemeinden hätten sich mit möglichen negativen Konsequenzen des Projektes befasst. Tatsache ist viel mehr, dass diese Diskussion seit vielen Monaten in großer öffentlicher Breite*

geführt wird. So haben sich auch der CDU-Kreisverband Waldshut und ich bei Vorortterminen oder in Fachgesprächen intensiv mit allen Aspekten des Projektes auseinandergesetzt. Allerdings gibt es wohl eine erhebliche Differenz zwischen dem Umfang der tatsächlichen Risiken bzw. Nachteilen und der Dimension, die Ihr Verein darstellt. Die CDU im Landkreis Waldshut und auch ich bewerten den ökologischen und wirtschaftlichen Nutzen weitaus höher als beispielsweise den unvermeidlichen Eingriff in die Landschaft oder eine veränderte, keineswegs aber verschlechterte Wasserversorgung für Rickenbach und Herrischried. Für uns sind insbesondere die Fakten klar, wie sie aus einer grundlegenden, auch dem Klimaschutz verpflichteten Umorientierung der Energiepolitik resultieren:

- Pumpspeicherwerke wie das Projekt Atdorf sind für die Stromversorgung der Zukunft, in der regenerativen Energiequellen dominieren, unverzichtbar.
- Ohne eine Energieversorgung, die sich drastisch zugunsten erneuerbarer Energien verändert, würde es für die Schluchseewerk AG keinerlei Sinn machen, über eine Milliarde Euro in das Projekt zu investieren.

In allen Teilen transparente und offen ausgetragene Meinungsverschiedenheiten, wie Sie auch von Ihnen gefordert werden, sind ein wichtiger Bestandteil der Demokratie. Deshalb erwarte ich auch von Ihnen, dass Sie meine Antwort auf Ihre Anfrage ungekürzt und unverändert auf Ihrer Homepage darstellen – ansonsten erteile ich Ihnen die Erlaubnis eines Abdrucks oder einer Online-Veröffentlichung nicht. Zudem erwarte ich eine Einladung zu der geplanten Pressekonferenz, bei der ich meinen Standpunkt persönlich vertreten kann. Die 5000 Unterschriften von Leuten, die gegen das Projekt aussprechen, sind von meiner persönlichen Wahrnehmung kaum repräsentativ für die Meinung der Region: denn in vielen Gesprächen begegne ich zwar der Auseinandersetzung mit dem Zielkonflikt zwischen dem Gesamtnutzen des Projektes und den damit verbundenen Belastungen für die Region, aber vorwiegend Zustimmung.

- 1. Wie Sie sicher wissen, kollidiert der Verlauf der geplanten A98 mit dem ebenfalls geplanten Haselbecken. Die betroffenen Gemeinden als Kur- und Tourismusstädte müssen einerseits ihren Gästen Erholungsgebiete anbieten, andererseits aber auch ihren eigenen Bewohnern Naherholungsgebiete zur Verfügung stellen. Durch die örtlichen Gegebenheiten befindet sich besonders Bad Säckingen und Wehr-Öfingen in einer unglücklichen Lage. Eingeengt zwischen dem Rheintal und dem Hotzenwald sind die Erholungs- bzw. Naherholungsgebiete schon von vornherein stark begrenzt. Sehen Sie eine Möglichkeit, diese Problematik zu lösen, so dass neben den Ferien- und Kurgästen auch die Bevölkerung ausreichende Flächen für Freizeit, Erholung und Genesung haben? Damit meinen wir nicht die in Aussicht gestellten ökologischen Ausgleichsmaßnahmen.**

### **Ruth Cremer-Ricken, Grüne**

*Aufgrund der Begrenzung durch Rhein und Staatsgrenze einerseits und dem starken Geländeabfall des Hotzenwaldes von Norden zum Rhein hin, ist die direkte Erholungslandschaft bei Bad Säckingen begrenzt. Daher ist schon in der*

Umweltrisikoaanalyse zur A98 darauf hingewiesen, dass bei der Planung der A98 auf den Siedlungs-Freiraum-Bezug besonderer Wert zu legen ist. Dies steht somit schon im Pflichtenheft der Planer allein für die A98. Die Planung der Schluchseewerk AG mit dem Unterbecken von 50ha direkt im Planungskorridor der A98 verschärft die Situation extrem. Ich sehe zur Zeit keine Lösung des Konfliktes. Die Lösung aufzuzeigen ist meines Erachtens Pflicht der Planer. Für mich ist das eine klassische Aufgabe des Regierungspräsidiums als Raumplanungsbehörde beide Projekte in der Summation ihrer Auswirkung zu bewerten. Dies ist im Raumordnungsbeschluss nicht erfolgt, was ich für einen Fehler halte.

### **Kilian Kronimus, ÖDP**

Insbesondere in Bad Säckingen kann man sehen, dass privatwirtschaftlichen Belangen Vorrang vor volkswirtschaftlichen eingeräumt wird. Die A98 ist ein Stückwerk der CDU, die seit Jahrzehnten versäumt hat, eine klare und eindeutige Lösung über den Streckenverlauf der kompletten Autobahn der Bevölkerung zu präsentieren, obwohl sie komfortable Mehrheiten auf allen Ebenen hat und hatte. Mit dem vermeintlichen Bau des Unterbeckens wird wieder eine Lösungsmöglichkeit verbaut. Dass Bad Säckingen eine verkehrstechnische Lösung braucht ist jedem klar, denn der tägliche Stau wird sich nicht von alleine auflösen. Da sich die Lokalfürsten am Hochrhein nicht einigen, plädiere ich für eine Bürgerentscheid der betroffenen Städte und Gemeinden über die verschiedenen Varianten der Verkehrsführung, bevor ein privatwirtschaftliches Projekt wie das Pumpspeicherkraftwerk in Atdorf in Angriff genommen wird. Zu dem plädiere ich dafür, dass die Streckenführung in erster Linie aus ökologischer Sicht geplant und gebaut wird. Wenn man Milliarden für Stuttgart 21 übrig hat, sollte es wegen ein paar Millionen mehr für den Umwelt- und Naturschutz nicht scheitern dürfen.

### **Joerg-Uwe Sanio, Die Linke**

Schon die Vorstellung einer A 98, die sich unter dem Wasserspiegel des Pumpspeichersees bis zum aufseitigen Ufer windet, zeigt die Konfusität des Vorhabens. Es geht auch gar nicht um eine handwerklich einwandfreie Planung, sondern ausschließlich kommerzielle Effizienz. Und um die Feststellung, dass aus der Sicht der Planer eine A 98 am St. Nimmerleinstag, ein Atdorf-Becken jedoch am besten schon heute verwirklicht werden soll.

Eine A 98 kann auch in den verengten Lagen hier verwirklicht werden, nur, dann müssen auch die heute in der Bundesrepublik geltenden technischen Standards gelten, wie sie eben auf der A 71 am Rennsteig verwirklicht wurden, dann geht die Autobahn in Tunnels unter der schönen Landschaft durch statt darüber. Eine Überbrückung Öflingens in wenigen Metern Höhe ist nicht hinnehmbar.

Die Ferien- und Kurgäste brauchen wie die einheimische Bevölkerung ihre jetzigen Naherholungsräume. Die in Aussicht gestellten ökologischen Ausgleichsmaßnahmen dürfen im übrigen – rein von den Planungsstellungen – eben nicht als Naherholungsräume genutzt werden, so denn die Menschen überhaupt über keine solchen mehr verfügen würden.

### **Felix Schreiner, CDU**

Das Regierungspräsidium Freiburg hat in seinem Raumordnungsbeschluss festgestellt, dass sich die Planungen der A 98 und des Haselbeckens nicht im Wege stehen. Für den vorgesehenen Bau des betreffenden Autobahnabschnitts

bleiben zwei sinnvolle und machbare Varianten. Das vorgesehene Unterbecken kann einen weitaus größeren touristischen und erholungsrelevanten Freizeitwert haben, als das derzeitige Haselbachtal. Hinzu kommt der gesamte Bereich im Umfeld des Beckens, der zur Freizeitnutzung erhalten bleibt, so auch der Bergsee und dessen Umfeld. Ich kann mir vorstellen, dass das Unternehmen die Chance nutzt, aus der Not eine Tugend zu machen und vor allem für den Erholungs- und Tourismusbereich Auftrieb zu geben. Alle Gespräche mit der Schluchseewerk AG und mit Experten sind in dieser Hinsicht schlüssig und überzeugend.

2. Außerdem interessiert uns, wie Sie die Auswirkungen einschätzen, die sich während und nach der Bauphase von 6 bis 7 Jahren im Haselbachtal und um den Abhau auf den Tourismus ergeben?

**Ruth Cremer-Ricken, Grüne**

Ein großer Teil der Übernachtungsgäste in Bad Säckingen kommt aus dem Bereich des Kurwesens. Das Gebiet um den Bergsee bis in das Haseltal hinein dient mit seinem hohen Erholungswert auch Therapiezwecken. Dies ist bei einer Großbaustelle kaum mehr möglich. Ferner sind Rehapatienten wie auch Privatpatienten frei in ihrer Wahl der Kliniken. Heute sind die Patienten dank Internet sehr gut über die Gegebenheiten einer Klinik und ihrer Umgebung informiert. Um wirtschaftlich arbeiten zu können, ist eine hohe Belegungszahl unerlässlich. Schon ein Belegungsrückgang im einstelligen Prozentbereich über mehrere Jahre kann eine Klinik in die Insolvenz treiben.

**Kilian Kronimus, ÖDP**

Die Auswirkungen werden während der Bauphase katastrophal sein. Der Tourismus wird zusammenbrechen. Die Bauarbeiter werden die Betten nicht füllen, die wegen fehlendem Tourismus nicht belegt werden, da diese Billigarbeiter lieber in den Container vor Ort hausen.

Wer möchte schon gerne nachts durch Sprengungen geweckt werden oder Staub und Dreck schlucken, welche die LKW Tag täglich flächendeckend verbreiten. Die jetzt schon angespannte Verkehrssituation am Hochrhein wird durch die vielen LKWs noch verschärft. Einige Betriebe und Familien werden abwandern, die ihr Glück lieber wo anders suchen, wo es ruhiger und beschaulicher zugeht.

Auf die wenigen Katastrophentouristen, die sowieso nur Tagestouristen sind, kann man verzichten. Wer im Schwarzwald Urlaub machen möchte, sucht keine Action, sondern Ruhe und Natur. Beide wird er aber nicht mehr vorfinden. Diese Urlauber wandern in andere Regionen ab und die meisten von Ihnen werden auch nicht nach der Bauzeit wiederkommen.

**Joerg-Uwe Sanio, Die Linke**

Von einer für beide – im Behördenjargon so genannten – „Maßnahmen“ im Oberirdischen geplanten Bauphase während mindestens 8 Jahren – die Einschätzung richtet sich nach der Bauphasenzeit der sog. „Zollfreien Straße“ zwischen Lörrach und Weil a. Rhein – gehen derart hohe Belastungen an Lärm, Staub und Landschaftsveränderungen durch den tiefen Eingriff in die Landschaft hervor. Eine touristische Bewirtschaftung wird dahin sterben.

*Auch danach wird es eine einschneidende Beschränkung geben: das geplante Werk ist kein idyllisch sich in die Landschaft einschmiegender Bergsee II, sondern das sehr viel größere Abbild des präsenten Hornbergbeckens mit seinen hohen Sicherheitszäunen am Ufer und Sperrzonen unter dem Damm nach Wehr zu.*

*Es muss Ihnen recht gegeben werden, eine touristische Attraktion sieht anders aus. Es ist zu erwarten, dass Touristen künftig hin ausbleiben werden.*

**Felix Schreiner, CDU**

*Mir ist nicht ganz klar, welche Auswirkungen gemeint sind. Es wird positive Auswirkungen in wirtschaftlicher Hinsicht geben, da eine Vielzahl an Firmen, Arbeitern, Technikinteressierten und Beobachtern gepflegt und untergebracht werden wollen. Kein Zweifel – eine bautypische und der Projektgröße entsprechende Belastung in Sachen Verkehr, Lärm und Staub wird nicht ausbleiben. Allerdings, so konnte mir die Schluchseewerk AG schlüssig belegen, kommt es hierbei nur zu einigen Spitzen, die kurzzeitig im oberen Bereich der erlaubten Belastung liegen. Ansonsten spielt sich die Mehrzahl der anliegerrelevanten Arbeiten innerhalb eines geschlossenen Baufelds ab und überschreitet keinerlei gesetzliche Vorgaben oder Richtwerte.*

- 3. Wie vereinbaren Sie die Aussage der Bundesregierung im Umweltbericht: „Keinen weiteren Ressourcenverbrauch an Natur für privatwirtschaftliche Interessen“ mit der Eile, mit der das Projekt Atdorf von RWE/EnBW/Schluchseewerk AG durchgepeitscht wird? Andere naturschonende Speichertechnologien stehen kurz vor ihrer Marktreife (z.B. Wind-Methanisierung prognostiziert für 2014, Elektromobilität). Auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung sieht im Übrigen Pumpspeicherwerke in Deutschland nicht als zukunftsgerichteten Ansatz zur Lösung des Speicherproblems.**

**Ruth Cremer-Ricken, Grüne**

*Interessant ist in diesem Zusammenhang die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen Bundestagsfraktion zu Energiespeichern (s. u.). Mit der Verlängerung der Laufzeiten für die Atomkraftwerke und damit einer Bremse beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, ist der Zeitdruck, mit dem das Vorhaben durchgezogen werden soll, nicht zu begründen. Es dient wohl eher den wirtschaftlichen Bedürfnissen von RWE und EnBW.*

**Deutscher Bundestag Drucksache 17/3329**

Energiespeicher

14. Beabsichtigt die Bundesregierung bei der Erschließung der verfügbaren deutschen Potenziale für Pumpspeicherkraftwerke, die jetzt von Atomstrom belegten Speicherkapazitäten, welche den überschüssigen Grundlaststrom in Spitzenlast veredeln, zukünftig umzuwidmen, so dass diese Pumpspeicherkapazitäten frei werden für die Zwischenspeicherung von überschüssigen Strom aus Wind und Sonne?

Wenn ja, wie hoch sind die freiwerdenden Kapazitäten?

Wenn nein, warum nicht?

Nein. Damit würde der marktgetriebene und betriebswirtschaftlich motivierte Einsatz von Pumpspeicherkraftwerken außer Kraft gesetzt.

15. Beabsichtigt die Bundesregierung die Nutzung von deutschen Pumpspeicherkraftwerken für Überschussstrom aus ausländischen Kraftwerken, z. B. französischer oder tschechischer Atomstrom zu unterbinden, damit ihre Kapazitäten für die Zwischenspeicherung von Überschuss aus Wind und Solarstrom frei werden?

Nein. Ein solches Vorgehen wäre unvereinbar mit den Vorschriften zum europäischen Binnenmarkt, die auf eine Integration der Strommärkte abzielen.

**Kilian Kronimus, ÖDP**

*Diese Aussage ist nur Augenwischerei. Die drei größten Energieversorger in Deutschland erwirtschafteten 2009 Renditen von über 20%. Dies entspricht 23 Milliarden Euro. RWE und EnBW gehören dazu. Mit diesem Geld kann man mächtig Druck auf die Politik ausüben.*

*Wie die Energieversorgung in zehn Jahren aussehen, möchte ich am nächsten Link darstellen. Stromversorgung im Jahre 2020 - Zukunftsausblicke für erneuerbare Energien (<http://www.oedp-waldshut.de/regenerativ>).*

*Themen wie Bio, Öko und erneuerbare Energien stehen in der Wählergunst ganz oben, aber für die Schwarz-gelben ist dies nur Fassade. Mit dieser Green-Wash-Methode versucht sich nur ein grünes Mäntelchen überzuziehen, um auch diese Wählerschicht anzusprechen. Sie ist in keinem Fall ernst gemeint.*

*Die großen Energiekonzerne möchten weiterhin ihren Atom- und Kohlestrom vergolden und nur für diesen Zweck brauchen sie dieses zusätzliche Pumpspeicherkraftwerk.*

**Joerg-Uwe Sanio, Die Linke**

*Das geplante Pumpspeicherwerk steht im Widerspruch zum vor genannten Umweltbericht. Es ist ersichtlich, dass die Forderungen aus dem Umweltbericht den wirtschaftlichen Interessen der das Projekt betreibenden Konzerne untergeordnet werden.*

*Abgesehen von der schon von Ihnen aufgezeigten unmittelbar bevorstehenden Marktreife der von Ihnen aufgeführten Speichertechnologien sind grundsätzlich Pumpspeicherwerke in Deutschland in der Tat nicht der zukunftsgerichtete Ansatz zur Lösung des Speicherproblems. Denn nicht nur, dass der Betrieb des von der Mappus-Administration hochgelobten Pumpspeicherkraftwerkes mehr Energie beim Wiederauffüllen des über Tag leergelaufenen Beckens in der Nacht verschlingt, als dass herauskommt, stammt der Strom dazu aus der sogenannten „Brückentechnologie“ der schmutzigen Atom- und Kohlekraftwerke der Republik. Nicht die fortschrittlichen Zukunftstechniken der Erneuerbaren Energien werden damit gefördert, sondern der Erhalt der Technik von gestern.*

*Pumpspeicherwerke liefern ausschließlich die kurzfristig auftretenden Stromverbrauchsspitzen, wie sie zum Beispiel bei Großveranstaltungen wie Fußballmeisterschaften während der Zeit zwischen den Halbzeiten erforderlich werden, die aber von den in gleich bleibender Dauerlast laufenden Atom- und Kohlekraftwerken nicht geliefert werden können.*

**Felix Schreiner, CDU**

*Um diese Frage beantworten zu können, kann ich nur zusammenfassen, was der aktuelle Stand der energiepolitischen Diskussion ist und was ich aus einer Fülle von Medienberichten zu diesem Thema nahezu täglich lese: Beim Pumpspeicherwerk Atdorf sehe ich kein prioritäres privatwirtschaftliches Interesse des dahinter stehenden Unternehmens. Zwar ist es völlig normal, ja für ein Unternehmen überlebenswichtig, Umsatz und Gewinn zu erwirtschaften, aber bei*

*Atdorf bewerte ich die übergeordneten Interessen weitaus höher. Damit stehe ich nicht allein, sondern teile die Einschätzung der Politiker nahezu aller Parteien:*

- *Pumpspeicherwerke sind auf absehbare Zeit die einzige, zur Verfügung stehende großtechnische Möglichkeit, Strom zu speichern und damit die Nachteile der fluktuierenden Stromerzeugung abzufedern,*
- *Niemand kann wirklich absehen, wann es bessere, marktreife Speichertechnologien dieser Kapazität gibt.*
- *Weiteres Abwarten wäre die fatalste Entscheidung, denn es wäre eine Entscheidung gegen die erneuerbaren Energien und damit eine Entscheidung für den Weiterbetrieb der aktuellen Kraftwerke.*
- *Nur Privatunternehmen können und werden eine Investition in dieser Größenordnung vornehmen.*
- *Der Sachverständigenrat für Umweltfragen lehnt Pumpspeicherwerke in Deutschland ab, sieht aber, dass es dafür nur sehr wenige geeignete Standorte gibt – was die wertvolle Alleinstellung von Atdorf unterstreicht.*

- 4. Wie beurteilen Sie die enge Verflechtung von Großkonzernen mit Regierungskreisen, wie die Beteiligung der Landesregierung bei EnBW? In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob die notwendige Neutralität des Regierungspräsidiums Freiburg und des Landratsamts Waldshut als alleinige Entscheidungsinstanzen Ihrer Ansicht nach noch gegeben ist?**

**Ruth Cremer-Ricken, Grüne**

*Bei diesem Vorhaben habe ich nach Akteneinsicht an der Neutralität des Regierungspräsidiums und des Landratsamtes schon lange Zweifel.*

**Kilian Kronimus, ÖDP**

*Die Politik ist nicht neutral. Die Politik ist gekauft. Millionen wandern in die Kassen der großen Parteien durch sogenannte Zuwendungen oder kurz gesagt Konzernspenden. „Die Hand, die einem füttert, beißt man nicht“, sagt schon ein Sprichwort aus.*

*Die Ökologisch-Demokratische Partei / Familie und Umwelt lehnt jede Art von Konzernspenden an Parteien ab. Sie fordert daher ein Verbot. Sie selbst hat als einzige Partei in Deutschland dieses Verbot in ihrer Satzung niedergeschrieben.*

*Die Verflechtungen sind offensichtlich und das wirtschaftliche Interesse steht im Vordergrund. Ich wünsche mir, dass der Landrat von den Bürgerinnen und Bürger vor Ort gewählt und nicht von Stuttgarts Gnaden eingesetzt wird. Die Wahl durch den Kreistag ist doch nur noch eine Farce, wenn die Kandidaten im Vorfeld schon hand verlesen sind.*

*Ein unabhängiger Landrat, wie es zum Beispiel in Bayern möglich ist, müsste den Bürgerinnen und Bürger Rede und Antwort stehen. So wird der Landrat zum Befehlsempfänger von Stuttgart degradiert und darf durch Parteibeitritt den Regierenden sein Wohlwollen huldigen.*

**Joerg-Uwe Sanio, Die Linke**

*Die Mappus-Administration hat ein hohes Interesse daran, den Erwerb der EnBW an der Börse – wie auch offen bekundet – in hohe erwartete Gewinne im*

Wiederverkauf der Aktien umzusetzen. Dazu gehört auch ein „Fitmachen“ des Ganzen dazu, in dem auch der hohe Profite beim Verkauf von dringendst benötigtem Spitzenstrom an der Leipziger Strombörse versprechende Betrieb von konzerneigenen Pumpspeicherwerken als Attraktion enthalten ist.

Und wie der neue Fall der sich zum Pumpspeicherwerk als schon „abgehakt“ bekennenden Stellungnahme eines hochrangigen Mitarbeiters des Landratsamtes Waldshut zeigt, ist die notwendige Neutralität des Landratsamtes Waldshut und des Regierungspräsidiums Freiburg als Bestandteil der Mappus-Administration sowieso im Entscheidungsprozeß des Genehmigungsverfahrens nicht mehr gegeben.

### **Felix Schreiner, CDU**

Die Behandlung gemeinsamer, strukturell für das ganze Land entscheidender Themen vor allem im Energiebereich, ist nicht als „Verflechtung“ zu bezeichnen. Denn dieser Begriff assoziiert Absprachen und die vornehmliche Berücksichtigung eigener Interessen sowohl des Landes als auch der Unternehmen. Dem ist nicht so: Den Energieversorgern kommt eine bedeutende Rolle bei der Gewährleistung der Stabilität des Landes in jeder Hinsicht zu. Insofern muss hier die Arbeit an dieser gemeinsamen Zielsetzung im Vordergrund stehen. Die dadurch entstandene Entscheidung der Landesregierung, kaufbare EnBW-Anteile zu erwerben, ist vor diesem Hintergrund zu sehen – nur so konnte eine mögliche „feindliche Übernahme“ und damit Ungewissheit für die zukünftige Versorgungssicherheit, verhindert werden. Diese Tatsache basiert einzig auf vernünftigen Notwendigkeiten. Behauptungen, dass sich dadurch unabhängige, souverän agierende und streng sachlich entscheidende Behörden, wie etwa das Regierungspräsidium oder das Landratsamt beeinflussen lassen, sind aus meiner Sicht gefährlich.

Die für das Projekt Atdorf einbezogenen Behörden arbeiten allesamt unabhängig, rein rechtlich orientiert und entscheiden souverän einzig auf der Basis von Sachlagen.

5. **Auch das dürfte Ihnen nicht entgangen sein: Durch das für den Schwarzwald bekannte Vorkommen von Arsenverbindungen im Granit und Gneis entstehen bei Bohrungen und Zerkleinerungsprozessen hochgiftige, krebserregende Arsenverbindungen, die auch in kleinsten Dosierungen nicht in den Wasserhaushalt, die Luft und die Nahrungskette gelangen dürfen. Halten Sie nicht angesichts der extremen Gefährdungslage für die Bevölkerung eine neutrale, streng und engmaschig kontrollierte Beprobung des Abraums für erforderlich, um die Gesundheit der Bevölkerung schützen zu können?**

**Wie sehen Sie die noch völlig offene Frage bezüglich geeigneter Deponien zur Lagerung belasteten Materials?**

### **Ruth Cremer-Ricken, Grüne**

Eine neutrale, streng und engmaschig kontrollierte Beprobung halte ich für unerlässlich. Will man wieder Vertrauen aufbauen, sollten diese Werte für die Öffentlichkeit auch jederzeit über Internet einsehbar sein.

*Ich werde mit großem Interesse die Planungen gerade für diesen Punkt in den Antragsunterlagen zum Planfeststellungsverfahren aufmerksam lesen. Aufgrund der anfallenden Masse hätte dies allerdings schon einer Vorabklärung im Raumordnungsbeschluss bedurft.*

### **Kilian Kronimus, ÖDP**

*Ich sehe den Transport und die Aufbereitung von Arsen-haltigem Gestein als sehr problematisch an. Fast 50zig Kilometer soll belastetes Gestein durch Bad Säckingen an Heilquellen, an Trinkwasserbrunnen und an landwirtschaftlich genutzten Feldern vorbei und am Rhein entlang nach Lauchringen gefahren werden. Bei Trockenheit weht der Arsen-haltige Staub vom LKW auf die Felder, auf denen Lebensmittel angepflanzt werden oder Tierfutter wächst. Bei Regen kann das Arsen-haltige Material in den Trinkwasserbereich gelangen. Selbst, wenn die Mengen, die gesetzlichen Grenzen nicht überschreiten, werden sie mit Arsen verseucht. Selbst wenn die Ladefläche beplant ist oder das Arsen-haltige in Container transportiert wird, wie vom Landratsamt gefordert, am LKW bleibt trotzdem noch genügend hängen.*

*Dreiwertige lösliche Verbindungen des Arsens sind hoch toxisch. Durch Auswaschungen aus Arsen-haltigen Erzen in Form von drei- und fünfwertigen Ionen trinken weltweit über 100 Millionen Menschen belastetes Wasser. Eine chronische Arsenbelastung kann Krankheiten der Haut und Schäden an den Blutgefäßen hervorrufen, was zum Absterben der betroffenen Regionen, sowie zu bösartigen Tumoren der Haut, Lunge, Leber und Harnblase führen kann (Wikipedia).*

*Durch Eisen-III-Chlorid sollen lösliche Arsenverbindungen in metallisches Arsen umgewandelt werden. Dabei müssen die großen Felsbrocken zerkleinert werden. Metallisches Arsen dagegen zeigt wegen seiner Unlöslichkeit nur eine geringe Giftigkeit, da es vom Körper kaum aufgenommen wird. Es sollte aber, da es sich an der Luft leicht mit seinen sehr giftigen Oxiden wie dem Arsenik überzieht, stets mit größter Vorsicht behandelt werden. Die Einnahme von 60 bis 170 Milligramm Arsenik gilt für Menschen als tödliche Dosis (1,4 mg/kg Körpergewicht).*

*Keiner weiß, wie sicher dieses Verfahren ist? Keiner weiß, ob nach der Behandlung, die Gesteinsbrocken nicht weiter aufgespalten werden, zum Beispiel durch Transport. Wie kann Kontamination mit der Umgebung ausgeschlossen werden? Kann die Gefährdung von Kindern gänzlich ausgeschlossen werden?*

*Das Landratsamt als Genehmigungsbehörde spielt mit unserem Leben und wir als Bürger sollen selig ruhig daneben stehen und hoffen, dass nichts passiert. Wieso kann man das Arsen-haltige Gestein nicht dort lassen, wo es seit Jahrtausenden ist. Hier wird klar aufgezeigt, wo die Grenzen unserer Demokratie sind.*

*Ich befürchte, dass das aufgearbeitete Material wieder verbaut wird, um die Restmenge klein zu halten. So ungefährlich, wie es scheint ist, ist es nicht. Ich darf nur an die Asbestthematik erinnern, die unser Landkreis schon mehrere Millionen gekostet hat.*

*Geld regiert die Welt, weder Verstand, noch Vernunft. Der Landkreis Waldshut ist der Landkreis im Regierungspräsidium Freiburg, der die höchste Krebsrate aufweist. Nun sollen wir weiteres Gift schlucken, nach der Devise "Hunde wollt ihr ewig leben". Nicht mit uns. Naturpark Südschwarzwald lässt grüßen.*

### **Joerg-Uwe Sanio, Die Linke**

Schon allein um den Gehalt an bedenklichen Inhaltsstoffen festzustellen, ist eine wie von Ihnen beschriebene engmaschige Beprobung und Ermittlung notwendig. Dies würde im Übrigen auch für die Tunnelbauvorhaben einer zukunftsorientiert gebauten A 98 und einer Hochrheinbahnstrecke gelten.

Aber schon allein der Umgang mit den bei den völlig normalen Bautätigkeiten in der Stadt Rheinfelden anfallenden dioxinbelasteten Erden beweist die Unterordnung des Schutzes von Mensch, Fauna und Flora unter die Interessen des Kommerzes. Denn ohne eine Endlagerstätte für die belasteten Erden zu haben, wird das Material auf die dem Landkreis Lörrach gehörende „Scheinberg-Deponie“ nach Schopfheim-Langenau gekarrt, und die Bevölkerung mit dem Versprechen, schon noch eine dafür erforderliche „Monodeponie“ zu finden, dahin gehalten. Die Deponierung bei Schopfheim würde ja nur „vorübergehend“ sein. Streng genommen, müsste jegliche Bautätigkeit in Rheinfelden, bei der dioxinbelastete Aushuberde anfällt, untersagt werden. Das bedeutete auch für das geplante Pumpspeicherwerk das vorzeitige Aus, würde bei einer gewissenhaften Beprobung belastetes Material im Untergrund gefunden.

### **Felix Schreiner, CDU**

Ich habe mich persönlich bei der Schluchseewerk AG über den Sachstand informiert und konnte dabei glaubhaft erfahren, dass es Lösungen gibt und die gesetzlichen Grenzwerte eingehalten werden. Ebenso arbeitet das Unternehmen an machbaren und gesetzlich einwandfreien Lösungen der Deponiefrage. Im Übrigen darf ich bei dieser Gelegenheit noch einmal darauf hinweisen, dass beispielsweise der Arsengehalt im Thermalwasser des Thermalbads Bad Säckingen um ein Vielfaches höher ist als der im Ausbruch vorkommende. Der Sondierstollen wurde genau zum Zweck des Sammelns von Erkenntnissen gebohrt, die jetzt in Lösungen umgesetzt werden. Diese Lösungen werden derzeit mit großem Aufwand gesucht und erprobt und spätestens beim Planfeststellungsverfahren vorgestellt. Bei der Arbeit am Sondierstollen hat es unnötige Pannen gegeben, die so nicht mehr vorkommen dürfen, das weiß auch das Unternehmen und leitet für das Hauptgewerke entsprechende Schritte, beispielsweise bei der Vertragsgestaltung mit Subunternehmern, ein (damit ist jedoch nicht der Bergwasserzutritt gemeint, der einem Stollenvortrieb normal ist und im amtlich genehmigten Bereich lag und liegt). Für mich ist es bedenklich, den Menschen mit unsachlichen und falsch in Zusammenhang gebrachten Darstellungen in Sachen Arsen bewusst unberechtigt Angst gemacht wird.

- 6. Trotz aufgetretener unerwartet hoher Bergwassereintritte im Sondierstollen schließt die Schluchseewerk AG die angetroffenen Störungszonen nicht - wie übrigens in den Auflagen des Landratsamtes vorgesehen - obwohl dadurch nachgewiesenermaßen wichtige regionale Quellsysteme verloren gehen.**

**Welche Bedeutung messen Sie dem bei?**

### **Ruth Cremer-Ricken, Grüne**

Das halte ich für einen Skandal. Wenn das Landratsamt Genehmigungen mit Auflagen erteilt, dann aber, obwohl die Behörde weiß, dass die Auflage nicht

eingehalten wird, untätig zusieht statt einzugreifen, führt es seine eigene Genehmigung ad absurdum und macht sich unglaublich. Ein Vertrauensverlust der Bevölkerung in diese Behörde ist die Folge.

**Kilian Kronimus, ÖDP**

Insbesondere bei dieser Problematik kann man sehen, dass es nicht um Vermeidung von Gefahren und Risiken geht, sondern nur um den Bau, der mit allen Mitteln vorangetrieben wird.

Ich befürchte, dass von Seiten der Behörden gar kein Wille zum Handeln da ist. Die schwarz-gelbe Landesregierung möchte dieses Projekt und will es auch gegen den Widerstand vor Ort durchdrücken. Der Schutz der Natur ist für sie zweitrangig.

**Joerg-Uwe Sanio, Die Linke**

Das Verhalten der Schluchseewerke AG gefährdet den Bestand der von den Kommunen auf dem Dinkelberg betriebenen „Dinkelberg Wasserversorgung“, von der immerhin fast 340.000 Menschen in den Landkreisen Lörrach und Waldshut klares, sauberes Trinkwasser beziehen. Deshalb müssen die zweckorientierten Auflagen der Fachleute des Landratsamtes erfüllt werden und die Bergwassereintritte wieder geschlossen werden.

**Felix Schreiner, CDU**

Hierbei verweise ich Sie auf die Erläuterungen des Landratsamts Waldshut. Aus meiner Sicht stellt der Erste Landesbeamte Jörg Gantzer die Sachlage und Hintergründe faktisch und rechtlich sicher und für jedermann nachvollziehbar dar. Im Übrigen bestätigte mir die Schluchseewerk AG auf meine Nachfrage, dass sie derzeit Maßnahmen zur Verminderung des Bergwasserzutritts einleitet. Auch wenn dieser innerhalb des genehmigten Rahmens liegt.

- 7. In unserer Region gibt es weder erhebliche Energiegewinnung aus Windkraft noch bestehen Zuleitungssysteme für entsprechende Systeme von außerhalb. Pumpspeicherwerke erfüllen nach Aussage der Schluchseewerk AG in dieser Situation die dringende Notwendigkeit den in Atomkraftwerken während der Nacht erzeugten Strom gewinnbringend zu verkaufen. Mittlerweile bekennt die Schluchseewerk AG selbst, dass mit dem Speicherbecken nicht primär die Förderung regenerativen Energien begleitet wird. Selbst die Gutachten der Schluchseewerk AG gehen davon aus, dass in Atdorf bis zum Jahr 2030 im besten Fall ein Prozent der zu regulierenden Energien aus erneuerbaren Energiequellen kommen werden. Nehmen Sie hierzu bitte Stellung.**

**Ruth Cremer-Ricken, Grüne**

S. Beantwortung Frage 3

**Kilian Kronimus, ÖDP**

Die Landtagswahl wird zur Entscheidungswahl, wie wir unsere Energieversorgung in Zukunft gestalten werden. Wollen wir die Energieversorgung weiterhin Monopolisten in die Hände legen, die nur auf Profit aus sind oder beginnen wir mit dem Umbau?

*Das Deutschland zu hundert Prozent mit regenerativen Energien versorgt werden könnte, bestreitet Gott sei Dank keiner mehr. Wir brauchen mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt, viele dezentrale Energieversorger mit intelligenten Netzen sind dafür notwendig.*

*Der Strom in Deutschland müsste laut Bundesnetzagentur sogar billiger werden und trotzdem steigen die Preise. Dies nenne ich Abzocke. Wir müssen den Monopolisten und ihren willigen Helfern in der Politik einen Riegel vorschieben.*

**Joerg-Uwe Sanio, Die Linke**

*Ich kann für mich und die Partei DIE LINKE dieser Stellungnahme nur ungeteilte Zustimmung erteilen.*

**Felix Schreiner, CDU**

*Bitte nennen Sie zu dieser unrichtigen Behauptung die genaue Quelle. Auf Grund meiner Nachfrage beim Schluchseewerk gibt das Unternehmen an, eine solche Aussage nicht getroffen zu haben.*

*Das Thema der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit ist hinreichend behandelt, die Notwendigkeit von Pumpspeicherwerken, wie das Projekt Atdorf eines sein wird, von nahezu allen maßgeblichen Experten, Parteien, Politikern und Verbänden unzweifelhaft bestätigt.*

*Diesen Teil der Frage beantworte also nicht ich, sondern die große Mehrheit der meinungsführenden Experten.*

**8. Pumpspeicherwerke zementieren die Brückentechnologie Atomkraftwerke. 76% der Bevölkerung fordern, die Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke zu überdenken.**

**Wie sehen Sie die Verlängerung der Atomlaufzeiten in diesem Zusammenhang?**

**Ruth Cremer-Ricken, Grüne**

*Mit der Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke hat die Regierung ohne Not einen mühsam ausgehandelten Kompromiss zwischen Bevölkerung und Betreibern gekippt. Dieser Kompromiss hatte eine heftige Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern von Atomkraftwerken befriedet. Der Vertrag war seinerzeit auch von den vier großen Stromkonzernen unterzeichnet worden. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist mit der einseitigen Aufkündigung des Atomausstiegsvertrages stark gebremst worden. Leidtragend sind u.a. die kommunalen Unternehmen, wie z.B. Stadtwerke, die in den letzten Jahre massiv im Bereich der Erneuerbaren investiert haben.*

*Die Regierung schadet bewusst den Kommunen zugunsten der vier großen Stromkonzerne. Der Verband der Kommunalen Unternehmen spricht sich daher auch vehement gegen die Laufzeitverlängerung aus.*

**Kilian Kronimus, ÖDP**

*Das ist doch augenscheinlich, dass gerade jetzt nach dem die schwarzgelbe Bundesregierung die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängert hat, die Planungen und Aktivitäten für weitere neue Pumpspeicherkraftwerke in Deutschland angelaufen sind.*

*Die Stromkonzerne brauchen diese Pumpspeicherkraftwerke, wenn sie weiterhin den Atomstrom lukrativ vermarkten möchten. Erst durch die regenerativen Energien sind sie unter Druck geraten. Wir brauchen keine Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken und schon gar keine neuen Pumpspeicherkraftwerke.*

**Joerg-Uwe Sanio, Die Linke**

*Während an Stuttgart 21 trotz der in den Schlichtungsgesprächen erwiesenen Untauglichkeit des Projekts unter Hinweis auf die seit 16 Jahren dauernde Arbeit in Planung und Vorbereitung festgehalten wird, ja sogar die Vertragstreue zu den „Partnern“ Bahn AG, Bund und Land eingefordert wird, ist der in genauso langer Zeit und in genauso einzufordernder Vertragstreue entstandene Atomkonsens unter Rot-Grün einfach per schwarz-gelbem Kabinettsbeschluss in die Tonne gestampft worden.*

*Die Verlängerung der Atomkraftwerkslaufzeiten, verbunden mit einer weiteren steuerfinanzierten Subvention des teuren Atomstroms behindern die Betreuung von Entwicklung oder Weiterentwicklung von bestehenden regenerativen Energieerzeugungsformen. Die bereits schon in die Wege geleiteten Erzeugungsformen aus Müllverbrennungsanlagen, Blockheizkraftwerken und Kraft-Wärme-Koppelungen von verschiedenen Stadtwerken in Euromilliardenhöhe sind wegen anstehender Nichtrentabilität wegen eben der unverhältnismäßigen öffentlichen Subvention des Atomstroms obsolet und/oder wurden gestoppt.*

*Zur Veranschaulichung: das PROGNOSE Institut in Basel, das bestimmt nicht im Verdacht steht, linken oder gar esoterischen Organisationen und Parteien nahe zustehen, hat errechnet, dass unter Einbezug von Gewinnung und Endlagerung von spaltbarem Material die Kilowattstunde Atomstrom den Verbraucher € 2,- kosten würde. Bei einem an die Industrie gewährten Abgabepreis von 5,6 Cent pro Kilowattstunde errechnet sich ein steuerfinanzierter Subventionsanteil von € 1,944 !*

*Wir leben über unsere Verhältnisse.....*

**Felix Schreiner, CDU**

*Diese Aussage ist ebenfalls falsch und unterstellt nachweisbar unrichtige Zusammenhänge. Wenn das PSW Atdorf in Betrieb gehen wird, ist bereits ein Teil der KKW's abgeschaltet, die Übrigen werden nach und nach folgen. Schon deshalb kann Ihre Behauptung nicht stimmen und die daraus abgeleitete Frage von Niemandem sachlich beantwortet werden.*

- 9. Im Zusammenhang mit Stuttgart 21 sind Zweifel am demokratischen Verfahrensablauf in der Planfeststellung solcher Großprojekte trotz Schlichtungsprozess aufgekommen.**

**Teilen Sie diese Zweifel?**

**Ruth Cremer-Ricken, Grüne**

*Zweifel an rechtsstaatlichen Verfahrensabläufen habe ich nicht nur hier. Wie die Rechtsstaatlichkeit gebeugt wird, kann man auch im Fall Asse oder den Atomendlagern Gorleben und Morsleben erkennen.*

### **Kilian Kronimus, ÖDP**

*Die ÖDP fordert auf allen Ebenen Bürger- beziehungsweise Volksentscheide. In Baden-Württemberg muss man für einen Volksentscheid innerhalb von zwei Wochen über 16% der wahlberechtigten Bürger zusammenbringen, die ihre Unterschrift leisten, was de facto unmöglich ist. In Hamburg braucht man nur 5% der Wahlberechtigten.*

*In Bayern hat die ÖDP mit ihrem Bundesvorsitzenden Sebastian Frankenberger an der Spitze gezeigt, dass man große Lobbyisten, wie die Tabaklobby in die Knie zwingen kann. Trotz millionenschwerer Intervention der Tabakindustrie in den Abstimmungskampf hat sich der mündige Bürger nicht beirren lassen und mit einer deutlichen Mehrheit ein Zeichen gesetzt.*

*Die direkte Demokratie ist Garant gegen Vetternwirtschaft und Korruption. Die ÖDP fordert, dass alle Großprojekte durch Volksentscheide legitimiert werden können. Wie in der Schweiz sollen die Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld solcher Großprojekte mit einbezogen werden und nicht erst durch Klagen und Bürgerproteste am Ende der Planungsphase ihren Unmut zeigen dürfen.*

*Stuttgart 21 hat aufgezeigt, dass wir die Elemente der direkten Demokratie dringend bedürfen.*

### **Joerg-Uwe Sanio, Die Linke**

*Die Mappus-Administration will die Bürgerbeteiligung an Großvorhaben noch stärker als bisher einschränken. Die Partei DIE LINKE will deshalb die Ausweitung der Bürgerbeteiligung insbesondere bei Großvorhaben bereits bei Beteiligung in der ersten Planungs- und deshalb Anfangsentscheidungsphase.*

*Des Weiteren setzen wir uns uneingeschränkt für das Volksbegehren ein, wie es in unserem nachbarlichen Bundesland Bayern praktiziert wird. Und wer da glaubt, dies sei nicht nur verfassungswidrig, sondern dass das Volksbegehren dümmer macht, rassistischer oder gar zum Spielball einseitig ausgerichteter Initiativen, der möchte das bitte unseren Nachbarn in Bayern direkt erklären.*

### **Felix Schreiner, CDU**

*Nein.*

**10. Bundeskanzlerin Angela Merkel lehnte einen Bürgerentscheid in Bezug auf Stuttgart 21 ab und verwies auf die Landtagswahlen. Halten Sie es für möglich, dass die Bürger ihre Stimme als Votum für oder gegen geplante Großprojekte abgeben werden?**

**Wäre es dadurch denkbar, dass die Positionierung einer Partei für oder gegen Atdorf entscheidend für den Wahlausgang zumindest in unserem Wahlkreis sein wird?**

### **Ruth Cremer-Ricken, Grüne**

*Ja, ich halte es für möglich, dass die Haltung zu Großprojekten auch den Ausschlag für eine Stimmabgabe geben kann. Dass auch in unserem Wahlkreis die Haltung zu Atdorf die Stimmabgabe beeinflussen kann, will ich nicht ausschließen.*

### **Kilian Kronimus, ÖDP**

*Für mich ist es klar, dass Frau Merkel einen Volksentscheid ablehnt. Die herrschenden Politiker haben noch nie freiwillig Macht abgegeben. Sie mussten immer gestürzt oder abgewählt werden. CDU und FDP möchten natürlich ihres großen Financiers nicht verlieren, die großen Konzerne. Sie haben schon genug damit zu tun, dass ihnen die Mitglieder davon laufen.*

*Ich hoffe, dass der mündige Bürger diese markanten Sprüche nicht vergessen hat und die Landtagswahl 2011 zu einer Entscheidungswahl gegen Stuttgart 21 und für die direkte Demokratie macht. Für mich ist diese Landtagswahl eine Entscheidungswahl.*

*Ich hoffe, dass der mündige Bürger, ein klares Bekenntnis zum Erhalt unserer schönen Landschaft und zur direkten Demokratie abgibt. Ich stehe dafür ohne wenn und aber.*

### **Joerg-Uwe Sanio, Die Linke**

*Die aktuellen Trends belegen, dass die Bürger bereits ihre Stimme als Votum für oder gegen geplante Großprojekte abgegeben haben, denn die CDU wird mit ihrem über ein halbes Jahrhundert selbst geschaffenen Königreich untergehen, während ihr Partner FDP nicht einmal Gelegenheit haben wird, auf der Oppositionsbank Platz zu nehmen, so schnell wie die aus dem Landtag gekegelt wird.*

*Die Farben der Regierung werden andere sein und die Linke wird sich darin als verlässlicher Partner einbringen.*

*Selbstverständlich wird die Positionierung einer Partei für oder gegen das Pumpspeicherwerk mitentscheidend für den Wahlausgang hier in unserem Wahlkreis sein.*

*Allein das Verhalten des Kandidaten für die FDP, gegen den Willen seiner Partei gegen das Pumpspeicherwerk sein zu wollen, belegt dessen Anpassungswillen zu Ihren Anliegen. Dies wird ihm allerdings nichts nützen, denn die durch ihn vertretene und unterstützende Partei FDP wird in gegebenem Falle den Fraktionszwang einfordern und damit ein Votum FÜR Atdorf.*

*Grundsätzlich gilt:*

*Der Bürger muss zur Wahl gehen, denn wenn man Änderung haben will, dann muss diejenige Partei auch aktiv unterstützt werden, in denen sich der Wille und Wunsch des Bürgers wieder findet.*

*Und deshalb müssen wir alle auch am 27.März 2011 wählen gehen.*

### **Felix Schreiner, CDU**

*Am 27. März geht es um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes insgesamt. Dazu gehört auch, jetzt die Entscheidungen zu treffen, die notwendig sind, um eine neue energiepolitische Zukunft mit den Schwerpunkten „Steigerung der Energieeffizienz“ und „Vorrang für die erneuerbaren Energien“ zu ermöglichen. Sowohl in Baden-Württemberg insgesamt als auch in unserer Region gibt es eine breite Mehrheit für den Ausbau der erneuerbaren Energien und sicher auch für die daraus resultierende Notwendigkeit, Strom sinnvoll speichern zu können, um so die Versorgungssicherheit der Bevölkerung und der Betriebe sicherzustellen. Von daher sehen sich meine Partei und ich als Landtagskandidat auf der Seite einer klaren Mehrheit.*

**Klaus Denzinger, FDP**

Herr Denzinger erklärte gegenüber unserem Verein für den Erhalt des Abhaus und des Haselbachtals, dass ihm eine schriftliche Beantwortung aufgrund seiner vielen Termine im Wahlkampf fristgerecht nicht möglich sei. Seine ablehnende Haltung gegen das Projekt Atdorf insgesamt und dessen negative Auswirkungen auf die Gemeinde Wehr seien allerdings hinlänglich bekannt.

Seine Stellungnahme ist im Rahmen der Kandidatenbefragung des Südkuriers in dessen Ausgabe vom 22. Februar 2011 zu finden.

**Alfred Winkler, SPD**

Herr Winkler gab leider bis zum gewünschten Termin unserer Anfrage keine Stellungnahme ab.